

SPIEGEL Titel

Fall Schleyer: „Die Dramatik muß raus“

Durch geschicktes Taktieren gegen die Schleyer-Entführer vermochte Kanzler Schmidt selbst die Opposition zu beeindrucken. Gleichwohl fordern Unionspolitiker lauter

denn je Sondergesetze, bis zur Todesstrafe, gegen Terroristen. Unter Sozialdemokraten wächst derweil die Sorge, die Wähler könnten Besonnenheit nicht honorieren.

Franz Josef Strauß hatte einen politischen Handel im Sinn.

Wenn die Opposition schon, so der CSU-Führer zum Bundeskanzler, die schweren Entscheidungen im Entführungsfall des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer verantworten sollte, dann müsse sich auch die Koalition Forderungen der CDU/CSU zu eigen machen. Die vielbeschworene „Gemeinsamkeit der Demokraten“ beruhe auf Gegenseitigkeit. Also möge die Regierung den Initiativen der Unionsparteien für drastisch verschärfte Antiterror-Gesetze bis hin zur Verfassungsänderung zustimmen.

Doch Helmut Schmidt ließ sich nicht herauslocken. Zwar stimme er mit Herrn Strauß überein, daß Gemeinsamkeit bei der Abwehr des Terrorismus wünschenswert sei, aber die Verfassung ziehe ihm eine deutliche Grenze: Der Bundeskanzler jedenfalls werde sich strikt an seinen Amtseid halten, das Grundgesetz zu wahren und zu verteidigen.

Der sozialdemokratische Regierungschef wollte damit der Gefahr vorbeugen, daß ihn die Opposition für etwaige extreme Pläne bis hin zu Todesstrafe, Standrecht und Geiselerziehung in Anspruch nimmt, wie sie seit der Schleyer-Entführung vor allem im Strauß-Lager diskutiert werden.

Sowenig sich der Kanzler von Strauß für eine CSU-Politik der Stärke vereinnahmen lassen wollte, so sehr war er in der vergangenen Woche bestrebt, sich selber in den Marathon-Sitzungen der Krisenstäbe ebenso wie am Donnerstag im Parlament und auf allen Fernsehschirmen als Herr der Lage darzustellen.



Grenzschutz-Panzer vor dem Kanzleramt: Botschaft aus der Festung

Wenn auch Schleyers Schicksal am späten Freitagabend immer noch in der Hand der Terroristen war, verstand es der Bundeskanzler gleichwohl, sein Renommee als erprobter Führer in Krise und Not ungeschmälert zu bewahren und den Eindruck zu erwecken, der Staat sei nicht hilflos.

Sogar die Opposition brachte er — vorübergehend — unter Kontrolle. Der Zwang zur Gemeinsamkeit war so stark, daß die von Schmidt in die Ver-

antwortung gezogenen Unions-Politiker schon fast wie Gehilfen des souverän agierenden Kanzlers wirkten. Und seine Regierungserklärung aus der mit Sandsäcken und Stacheldraht verbarrikadierten Festung Bonn sollte dem Volk die Gewißheit bringen: Jetzt, nach dem Kölner Blutbad, geht der Staat in Stellung* — mehr Polizei, bessere Einsatzplanung, keine Nachsicht

* Siehe Titelbild: Posten vor der Bonner Wohnung von Franz Josef Strauß.

Schuldige gesucht

Ob wir uns denn nicht endlich darüber verständigen können, daß zweierlei auseinandergehalten werden muß:

- ▷ erstens die Entstehung des politischen Terrors in der Bundesrepublik, und, zweitens,
- ▷ die Möglichkeiten, ihn wirksam zu bekämpfen.

Daß jede Möglichkeit, den Rechtsstaat wirksam zu schützen, erschöpft werden sollte, muß nicht eigens betont werden. Zu unterstreichen sind die Wörter „Rechtsstaat“ und „wirksam“, beide gleichberechtigt, beide in einem unauflöslichen Wechselverhältnis.

Ob wünschbar oder nicht, es gibt in der Bundesrepublik, die als Nachfolgestaat Hitlers betrachtet wird und wohl auch werden muß, seine nicht-rechtsstaatlichen Methoden, den Terror zu bekämpfen. Dergleichen mag in Argentinien und Brasilien, ja sogar in Teilen der USA Erfolg versprechen: Die Bundesrepublik als Rechts- und Exportgemeinschaft würde über einem unregulierten Schieß- und Folterkrieg zugrunde gehen, soviel steht fest.

Kein Zweifel auch, daß die Anarcho-Terroristen viel erreicht haben. Die Führungsgarnitur des Staates ist verunsichert, hat kein Privatleben mehr, ist, wie die Terroristen das wohl sehen, „zur Kenntlichkeit entstellt“.

Ver dem Menschen sein Privatleben nimmt, wie das die Sklavenhalter und -fänger aller Zeiten getan haben, der entmenscht ihn. Dieser Teil der Anarcho-Rechnung geht auf. Politiker, die keinen Schritt mehr ohne Maschinenpistole wagen können, bekommen oder haben bereits einen Sehschlitze, gepanzert. Ihr Wefbild hat sich, wie das des Ian Smith in Rhodesien, buchstäblich vereigt.

Desto wichtiger bleibt die uns allen aufgegebene Pflicht, der Terrorhysterie ebenso zu widerstehen wie jeglicher undurchdachten oder spieleischen Verharmlosung. Man muß nur die Zeitung aller gehobenen Bürger, man muß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ täglich lesen, um den Pegel der Irrationalität auszumachen.

Johann Georg Reißmüller, Mitherausgeber dieser ansehnlichen Zeitung fordert da ohne viel Federlesens „Sicherungsverwahrung ge-

gen Terroristen schon nach der ersten Verurteilung“ und „Überwachung des Verkehrs zwischen Häftlingen und ihren Anwälten“ — Mücken im Kampf gegen den Terror, Elefanten bei der Demontage des Rechtsstaats. Glaubt denn wirklich jemand, die Perfektion des Anschlags auf Hanns Martin Schleyer sei aus Strafanstalten herausgefiltert worden?

Es geht gar nicht darum, ein „strafferes Recht der Untersuchungshaft“ durchzubringen. Schreiber dieses war in straffer Untersuchungshaft. Geltendes Recht, wollte man von ihm Gebrauch machen, reicht.

Es geht auch nicht um „kürzeren“ (warum nicht gar kurzen?) Prozeß, jedenfalls nicht erstarrig. Denn länger als die Untersuchungshaft dauert in aller Regel die Strafe, jene Zeit also, in der ein Häftling „herausgepreßt“ werden kann.

Gut, die Zwangsernährung könnte abgeschafft werden. Nur, was wäre damit für die innere Sicherheit beschickt? Hat man vergessen, daß ein Rudi Dutschke, der heute gegen die Gewalt in der Bundesrepublik auftritt, am Grabe des durch Hungerstreik umgekommenen Holger Meins ausgerufen hat: „Holger, der Kampf geht weiter!“?

Für die innere Sicherheit verantwortlich fühlt sich bei der „FAZ“ Johann Georg Reißmüller. In seinem Bestreben, den Staat aufzurüsten, wagt er sich sogar an eine bildhafte Darstellungsweise. Einem „in der Mitte quer durchgeschnittenen Pferd“ gleiche, laut Reißmüller, jener Staat, der nur die Rechte der Gefangenen, nicht aber die der Bürger schützt.

Nun sieht man aber den Bürger Strauß aus seinem Auto steigen, während sechs Polizisten, Maschinenpistole im Anschlag, den Verkehr umleiten. Kein wehrhafter Staat? Statt dessen ein „in der Mitte quer durchgeschnittenes Pferd“?

Man wundert sich, warum Reißmüller nicht wieder den „Kronzeugen“ oder den reuigen Zeugen oder gar den bezahlten anonymen Abspringer zur Diskussion stellt; vielleicht deshalb nicht, weil der ermordete Generalbundesanwalt Buback vor der Einführung des „Kronzeugen“ in das deutsche Rechtssystem eindringlich gewarnt hat.

Geradezu wahnwitzig wird nun freilich die schon jetzt geschürte und demnächst grimmig aufflammende Diskussion über die Schuldfrage: So, als würden Terroristen von ihnen wohlwollenden Reformern gezeugt, und nicht umgekehrt bis dato Unbeteiligte zu Sympathisanten, weil der Staat sich in — vielleicht instinktiver, vielleicht berechtigter — Abwehr nicht nur allzu problemfeindlich, sondern auch allzu wehrhaft gebärdet.

Man scheut sich fast, diesen Binsenplatz immer breitzutreten. Aber die Terroristen leben von den Leuten, die mit ihnen „sympathisieren“, die ein Anliegen bei ihnen vermuten, die selbst so manches Anliegen haben und die meist von der Staatsgewalt schon angefaßt worden sind. Oft sind diese Sympathisanten Wirrköpfe. Aber der „Staat“, wenn es um ihn selbst und seine Repräsentanten geht, verhält sich ja auch nicht geradezu, sondern — siehe nur Renten und Diäten — wirrköfig. Seiner Jugend bietet er, und vielleicht kann ja niemand dafür, ein nahezu krankes, ein von vornherein verunstaltetes Leben.

Brandt, Böll, Gollwitzer, Mitscherlich, Albertz (!), alle kleineren Geister nicht zu nennen, sollen es nun gewesen sein, weil sie den Terror verharmlost hätten. Aber Krankheiten lassen sich nicht „verharmlosen“, auch nicht wegreden, meist nicht einmal herbeireden. Hätten zwischen 1968 und 1977 nur die Dreggers das Sagen gehabt — und niemanden, weder Böll noch Dregger, messe man an seinen Torheiten —, so wären mit Sicherheit nicht weniger und mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr Terror-Tote zu beklagen.

Wer Polizisten generell für Schweine hält und nur einen toten oder einen lächerlichen Generalbundesanwalt für einen guten Generalbundesanwalt, der ist ein potentieller Mittäter, ein „Sympathisant“. Ihm wird man mit Zureden nie, und erst recht nicht mit „Stärke“ beikommen. Wie wär's, wenn man die Polizisten nicht wunderbar vermehrte, sondern, indem man aus dem Kirchturm-Föderalismus ausbricht, besser ausbildete und wirksamer koordinierte?

Mehr Polizei wünschen sich die Bürger, deren Revier nicht mehr besetzt ist. Aber mehr Polizei, das bedeutet in der Terror-Szene nicht unbedingt mehr Sicherheit, sondern vermutlich mehr „Sympathisanten“, mehr Attentate, mehr Geiselnahmen: Für die Verantwortlichen, und nicht nur für sie, ein Teufelskreis.



Nächtliche Sitzung des Krisenrats im Kanzleramt: „Die Leute müssen sich daran gewöhnen“

mehr mit Kollaborateuren unter Anwälten und Intellektuellen, schärfer gefaßte Gesetze für die Stunde der Not.

Schmidt, trotz Schlafmangel und Dauerstreß in der Kommandozentrale in bester Form, beschwor im Bundestagsplenum den Verteidigungswillen der Deutschen: Der Staat, den die Terroristen für ohnmächtig hielten, „dieser Staat ist keineswegs ohnmächtig. Er wird am Ende die Terroristen besiegen, weil die breitesten Massen unseres Volkes den Terrorismus verabscheuen“.

Klammheimlich zollten auch Oppositionsführer Lob, CDU-Chef Helmut Kohl ebenso wie Rechtsaußen Alfred Dregger. Ex-Generalsekretär Kurt Biedenkopf gab offen zu: „Ich muß sagen, daß ich von der Arbeit an der Spitze beeindruckt bin.“ Und der Jung-Rechte Jürgen Todenhöfer schwärmte gar: „Wie Helmut Schmidt das macht, ist absolute Klasse. Das wird ihm seine Partei nie danken können.“

Der Respekt hält vor, obwohl die Fahndung nach den Schleyer-Entführern auch in der zweiten Woche keinen greifbaren Erfolg brachte. Immerhin: Je mehr Erkenntnisse die Ermittler gewannen, desto klarer wurde ihnen, daß sie es mit hochkarätigen Intelligenz-Gangstern zu tun haben.

Telephongespräche mit dem Genfer Kontaktmann Denis Payot führten die Terroristen bis zu einer halben Stunde lang vom Ausland aus, ohne daß sie zu ermitteln waren. Ihre Briefe wirken wie von perfekten Sekretärinnen getippt, sie benutzen mindestens vier verschiedene Schreibmaschinen, sogar ein Kopiergerät für Video-Filme scheint ihnen zur Verfügung zu stehen.

Gut gekleidete junge Herren fuhren letzte Woche in Mercedes-Limousinen beim „Bredenbacher Hof“ und beim „Parkhotel“ in Düsseldorf vor und hinterlegten Kuverts. Jeweils eine Viertelstunde später meldeten sich Anrufer mit der Weisung, die Schreiben an das Bundeskriminalamt weiterzuleiten.

Angesichts solch professioneller Cleverness glauben die Experten im Krisenstab — gemessen am Verlauf der Entführung von Peter Lorenz vor zwei Jahren —, es mit dem Tätertyp der „zweiten oder dritten Terroristengeneration“ zu tun zu haben.

Indizien für veränderte Methode und Gestaltung: Wurde der Lorenz-Fahrer

lediglich niedergeschlagen und fanden sich in Terroristendossiers nach dem Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback noch Worte des Bedauerns für die dabei getöteten Begleitbeamten, so erwähnten die Schleyer-Entführer in keiner der bisher eingegangenen Mitteilungen die vier in Köln Ermordeten. Ein Teilnehmer der Bonner Krisenrunde: „Eine rasante Degeneration des Denkens.“

Der Versuch der Krisenstäbler, sich in die Psyche der Entführer zu versetzen, geht von mehreren Möglichkeiten aus. So könnten es die Terroristen etwa darauf angelegt haben, den Staat als gefügiges Instrument in den Händen des Großkapitals vorzuführen, der es sich nicht erlauben dürfe, einen Industriemagnaten wie Schleyer zu opfern. Die Attentäter würden deshalb ihre Geisel möglichst lange schonen.

Eine schwache Hoffnung zieht der Krisenstab aus einem anderen Denkmodell. Wenn sich die Terroristen selber als Kombattanten betrachteten, die regelrechten Krieg gegen den Staat führten, dann könnten sie vielleicht die Regeln des Kriegsrechts auch auf Schleyer anwenden: Gefangene werden nicht erschossen.

Nicht ausschließen wollen die Bonner Fachleute zudem, daß Schleyer im „Volksgefängnis“ nicht von den schießwütigen Killern bewacht wird. Das Kölner Kommando könnte sein Entführungsoffer an andere, weniger brutale RAF-Mitglieder übergeben haben.

Auch in der letzten Woche hielt Kanzler Schmidt an seiner flexiblen Taktik fest, soviel Zeit wie möglich zu gewinnen und nach Kräften klarzumachen, daß die Entscheidung der Regie-



Kanzler Schmidt
Lob von der Opposition

rung für oder gegen Austausch noch aussteht. So ließen die Bonner Mitte vergangener Woche, als die Terroristen wieder einmal ein „letztes“ Ultimatum zur Freilassung der elf inhaftierten RAF-Genossen stellten, jeden einzelnen der streng voneinander isolierten Häftlinge fragen, wohin er denn ausfliegen möchte.

Die Zielangaben differierten — Uganda, Libyen, Südjemen, Nordkorea. Die Krisenstäbler ließen den Dissens über Payot an die Erpresser weiterleiten, verbunden mit der Mitteilung, bei solcher Konfusion sei keine „Lufthansa“-Crew für diesen Rundflug zu gewinnen, neue Verhandlungen seien nötig. Wieder war Zeit gewonnen, wieder ein Ultimatum überspielt.

Dann wurde Araber-Freund Hans-Jürgen Wischniewski, genannt „Ben Wisch“, in Marsch gesetzt, um in

füllung der Forderungen der Terroristen“.

Mailänder verweist dabei auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975 zum Paragraphen 218, in der das Leben als höchster Grundrechtswert festgeschrieben sei.

Der Autor: „Die Opferung eines Menschenlebens kann auch in Zeiten der Unruhe und des Schreckens nicht als Mittel zur Bekämpfung von Verbrechen und zum Ausgleich von Versäumnissen eingesetzt werden. Dies kann der Rechtsstaat nicht verlangen. Die Terrorismusszene in der Bundesrepublik kann mit wenigen Freigelassenen, deren wir uns zu erwehren haben werden, einen auch nicht annähernd so stürmischen Auftrieb gewinnen, wie durch das Bekenntnis des Staates zu seiner Wehr- und Hilflosigkeit.“

tes im Spiel ist, wenn Terroristen mit Geislerschießungen drohen.

Schon beginnt im Unions-Lager die Mobilmachung gegen die Sozialdemokraten, die als Hauptschuldige für das Anwachsen des Terrorismus geächtet werden sollen. Von der Liberalisierung des Strafrechts über antiautoritäre Kindererziehung bis hin zu der Bekanntschaft zwischen SPD-Chef Willy Brandt und dem von der Union und der Rechtspresse als Meinhof-Sympathisant angeklagten Schriftsteller Heinrich Böll — alles soll in Wahlkampfmunition gegen die Sozialdemokraten umgegossen werden.

Schon geht auch der Rheinland-Pfalz-Ministerpräsident Bernhard Vogel auf Hexenjagd: Sympathisant der Terroristen, so der Mainzer Kohl-Nachfolger letzte Woche, „kann schon derjenige sein, der Baader/Meinhof-Gruppe statt -Bande sagt“.

Solche Sprüche, so befürchtet NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn, könnten sogar unter SPD-Wählern nicht ohne Wirkung bleiben: „Die Leute sagen, da muß viel härter zugegriffen werden. Unsere Kernwählerschaft denkt da nicht anders als andere Wähler auch.“

Und da könnte womöglich selbst das Bild vom eisernen Kanzler nicht mehr helfen. Schon wächst in den Parteizentralen von SPD und FDP der Zweifel, ob es denn politisch klug sei, daß Schmidt über zwei Wochen hinweg fast ausschließlich Krisenmanagement betreibe. Überdies halte er Horst Herold, den Chef des Bundeskriminalamtes, in der Hauptstadt fest und hindere ihn daran, die Fahndung von der Wiesbadener BKA-Zentrale aus zu leiten.

Im Bundestag versuchte der Kanzler bereits den Vorwurf zu unterlaufen, die Regierungsarbeit leide zusehends unter der Hektik der Verbrecherjagd: „Wir werden uns von den Terroristen keine Vernachlässigung unserer Aufgaben, keine Untätigkeit aufzwingen lassen.“

Immerhin mußte schon die Visite des Briten-Premiers James Callaghan ausfallen, und nun verschob Schmidt auch noch seine seit langem für diese Wochen geplante Polen-Reise.

Wohlmeinende Koalitionsfreunde raten auch aus anderem Grund dem Kanzler, sein Krisen-Engagement allmählich abzubauen. Er riskiere sonst, daß sich der Unmut der Bevölkerung ganz auf ihn konzentrieren werde, wenn trotz höchsten Einsatzes Erfolge ausblieben und, im schlimmsten Fall, Schleyer ermordet würde und die Terroristen entkämen.

Aus der Parteiführung kommt die Empfehlung „Niedriger hängen“, sonst laufe der Kanzler Gefahr, lange Zeit nur noch als leitender Polizeidirektor der Nation zu agieren, da weitere Terroranschläge zu erwarten seien.

Ein ranghoher Sozialdemokrat: „Die Dramatik muß raus. Die Leute müssen sich daran gewöhnen.“



CSU-Führer Strauß*: Mobilmachung gegen die Sozialdemokraten

Nordafrika Landemöglichkeiten für freigelassene Terroristen zu erkunden. Das algerische Fernsehen berichtete über die Blitzreise des Staatsministers, was der Bundesregierung durchaus nicht unangelegen sein konnte.

Daß die Regierung alles versucht und nichts versäumt, was für Schleyers Rettung getan werden kann, möchte Schmidt auch gegenüber jenen Kräften in der Großindustrie deutlich machen, die auf einen Freitausch des Arbeitgeberpräsidenten und Mercedes-Managers Schleyer drängen. Aufmerksam registrierten Kanzlerberater einen Beitrag des Rechtsanwalts Peter Mailänder, Sozius des Schleyer-Sohnes Hanns-Eberhard, in der „Stuttgarter Zeitung“ vom Donnerstag vergangener Woche.

Darin heißt es, der Regierung „bleibt jetzt keine andere Wahl als die Entscheidung für das Leben von Hanns Martin Schleyer und damit für die Er-

Wie immer sich die Regierung im Fall Schleyer verhalten mag, schwere Konflikte mit der Opposition sind, trotz des derzeitigen Burgfriedens, unvermeidlich. Was Schmidt vorhat — direktes Weisungsrecht des Bundeskriminalamtes an die Länderpolizei, Abkürzung von Strafverfahren, erleichterter Verteidigerausschluß und Einsatz von Kommandos auch des Bundesnachrichtendienstes und des Militärischen Abschirmdienstes gegen Terroristen, der Opposition langt das bei weitem nicht.

Verschärfung des Demonstrationsrechts, Sicherheitsverwahrung für Terroristen nach verbüßter Strafe, einfachere Prozeduren für die Post- und Telefonüberwachung sind eher noch harmlose Forderungen der Unions-Christen. Denn trotz des scheinbaren Rückzugs der Todesstrafen-Freunde forderten sie eine Diskussion über eine bedingte Todesstrafe, die nur vollzogen werden soll, wenn Erpressung des Staa-

* Auf der Fahrt zur Sitzung des Krisenrats.

„Immer alles allein machen“

Der Vermittler im Schleyer-Entführungsfall, Anwalt Payot

Denis Payot verdankt seine Vermittler-Rolle im Fall Schleyer, die ihn „über Nacht weltberühmt“ (Schweizer „Blick“) machte, einem Irrtum der Entführer: In ihrem Brief an die Bundesregierung hatten die Erpresser verlangt, daß die freizulassenden BM-Häftlinge „von Payot, dem Generalsekretär der Internationalen Föderation für Menschenrechte bei der Uno“, begleitet werden.

Das „Kommando Siegfried Hauser RAF“ hoffte wohl, über einen Uno-Beamten die Weltorganisation bei dem Austausch einspannen und damit die These stützen zu können, daß die BM-Häftlinge wie Kriegsgefangene zu behandeln seien. Nur: Die Föderation ist keine Unterorganisation der Uno, Payot auch nicht mehr ihr Generalsekretär. Vielmehr ist Payot heute Präsident der „Schweizerischen Liga für Menschenrechte“.

Der 35jährige Jurist ist kein Staranwalt; sein Büro in Genf zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß es am Boulevard Georges-Favon liegt, im alten Uhrmacher-Quartier, wo Rousseau aufwuchs und Arbeiterführer 1873 zu einem Kongreß der ersten „Sozialistischen Internationalen“ zusammenkamen.

Die Bundesregierung hat Payot gebeten, „als lebender Briefkasten“ (Regierungssprecher Grünewald) zu fungieren, da er als Anwalt gewohnt sei, die Interessen anderer zu vertreten.

Was im Bonner Kanzleramt übersehen wurde: Payot machte die Interessen seiner Klienten oft weitgehend zum eigenen Anliegen — ob schon ihm dieses Engagement zumindest materiellen Nutzen kaum einbringt. Denn der Genfer Jurist streitet vorzugsweise in Strafsachen unter Armenrecht.

Im Juni vergangenen Jahres etwa legte er sich mit der Bundespolizei in Bern an, nachdem iranische Studenten Akten des persischen Geheimdienstes Savak aus dem Konsulat in Genf entwendet hatten und Gefahr liefen, nach Persien abgeschoben zu werden.

Sein Engagement wird von einem breiten Freundeskreis mitgetragen, der sich zum linken Flügel der Schweizer Sozialdemokraten rechnet, darunter auch der Genfer Soziologie-Professor Jean Ziegler.

Sie alle verstehen sich als „anti-imperialistisch“ und machen etwa

den „Ausbeuter-Kapitalismus für den Hunger in der Dritten Welt verantwortlich“ (Ziegler). Sie streiten aber auch für den Genfer Mieter- und Denkmalschutz — und engagieren sich im Namen der Menschenrechte gegen Terror und Gewalt.

Bereits als Student erschien Payot bei Kampagnen gegen die Verletzung von Menschenrechten „als übereifriger Idealist“, wie sich Mitkämpfer erinnern. Sie vermißten nur „Realitätssinn“.



Vermittler Payot
Telephondienst auf eigene Rechnung

Sein ans Fanatische grenzender Einsatz entspricht der calvinistischen Tradition, einem Milieu, in dem das humanistische Credo oft mit inhumaner Sturheit verfochten wurde.

Für nahezu inhuman hielten die Mitglieder der „Schweizerischen Liga für Menschenrechte“, einer Unterorganisation der Pariser „Internationalen Föderation“, etwa das einseitige Engagement ihres Mitstreiters Payot für Palästinenser und gegen Israel: Als ihn seine Genfer Freunde 1973 zum Sektionschef vorschlugen, wurde er nicht gewählt. Erst im folgenden Jahr, nachdem er Zurückhaltung versprochen hatte, wurde er Präsident.

Er kämpfte zusammen mit Ziegler für die Aufnahme chilenischer Emigranten. Ganz im Alleingang

unterstützte er auch die von Algerien ausgehaltene Freischärler-Bewegung „Polisario“ in der früheren spanischen Sahara gegen Marokko. Daß Algerien mit seiner Polisario-Hilfe expansionistische Ziele verfolgt, störte ihn nicht.

Ohne Wissen seines Vorstands veröffentlichte der Sektionspräsident vergangene Woche einen Bericht über das besetzte Westjordanien, dem zufolge in Lagern und Gefängnissen der Israelis brutal gefoltert werde — Payot hatte keines selber gesehen.

Vor allem Payots Eigenart, „immer alles allein machen zu wollen und die anderen nicht zu orientieren“, brachte oft Krach mit Mitarbeitern. So gab Payot auch das Generalsekretariat der „Internationalen Föderation für Menschenrechte“ in Paris nach Zwistigkeiten im Juni dieses Jahres ab.

Krach gab's schließlich, als der bundesdeutsche Uno-Botschafter in Genf, Carl-Werner Sanne, dem Anwalt am Freitag vorletzter Woche das Mandatsschreiben im Fall Schleyer überbrachte. Die Bonner waren nämlich einem Sprecher des Payot-Büros zufolge davon ausgegangen, sie könnten den Anwalt „für die Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt“ gewinnen.

Schon wurde die Montage einer Telephonzentrale angeboten und die Höhe des Honorars überlegt. Im übrigen sollte Payot nur als Bote fungieren und den Bonner Anweisungen strikt Folge leisten.

Der Schweizer lehnte ab. In einer Pressekonferenz gab er vom Schreiben aus Bonn Kenntnis und erklärte, bei der Entführungs-Affäre „ein absolut neutraler Vermittler“ zu sein, der von niemandem Verhaltensmaßregeln entgegennehmen werde. Noch am gleichen Abend organisierte Payot einen eigenen Telephondienst rund um die Uhr — auf eigene Rechnung.

Den Bonnern erscheint Payots „Neutralität“ zweifelhaft. Sie lasten ihm an, daß er auf Betreiben der Eltern von Gudrun Ensslin eine Schrift über die Haftbedingungen der BM-Häftlinge für die Menschenrechts-Kommission der Uno schrieb sowie die Petition eines französischen „Komitees gegen die Auslieferung von Rechtsanwalt Croissant an die Bundesrepublik“ unterzeichnete.